



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Keller, Karl: Zur Frage unserer künftigen Außenpolitik

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Zur Frage unserer künftigen Außenpolitik

Von Dr. Karl Keller



icht die Fäulnis unserer inneren Zustände, sondern die schweren Fehler unserer Außenpolitik haben zum Zusammenbruch unseres Staatswesens geführt. Zweifellos bedurften unsere Verfassung und Verwaltung einer Reform im demokratischen Sinne, aber so groß waren die Schäden im Innern nicht, daß ohne einen übermächtigen Druck von außen eine solche Katastrophe eingetreten wäre. Unsere Revolution und unsere Niederlage sind ein Schulbeispiel dafür, wie sehr die äußere Politik die innere an Wichtigkeit übertrifft. Um so notwendiger ist es, daß wir jene in Zukunft richtig orientieren. Sowohl die Regierung als auch eine Reihe großer Parteien haben bereits Programme hiersür aufgestellt. Es dürfte sich daher empfehlen, auch an dieser Stelle zu den Fragen unserer künftigen Außenpolitik Stellung zu nehmen.

Bei der Kritik der Darlegungen unseres neuen Außenministers muß man natürlich berücksichtigen, daß der verantwortliche Leiter der deutschen Politik nicht die Redefreiheit hat wie ein nichtverantwortlicher Parteiführer oder gar ein beliebiger Tageschriftsteller.

Welche Ziele muß sich unsere künftige Außenpolitik setzen? In erster Linie steht die Wiedervereinigung sämtlicher uns durch den Friedensvertrag entrissener Gebiete deutscher Zunge mit dem Reiche einschließlich derjenigen gemischtsprachlichen Landesteile, die hauptsächlich deutscher Arbeit ihre gegenwärtige Kultur verdanken, ferner der Zusammenschluß mit Deutsch-Osterreich. „Das ganze Deutschland soll es sein!“ Das ist ein Programm, auf das sich sämtliche Parteien von den Deutschnationalen bis zur unabhängigen Sozialdemokratie einigen können. Hinsichtlich Elsaß-Lothringens müssen wir zum mindesten eine freie unbeeinflusste Volksabstimmung fordern. Diese darf aber natürlich erst dann stattfinden, wenn alle Spuren der französischen Unterdrückungspolitik beseitigt sind und das Land wie das Saargebiet fünfzehn Jahre einer autonomen Verwaltung unter dem Schutze des Völkerbundes unterstellt worden ist. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß sich nach Ablauf dieser Zeit die Elsäßer keineswegs für den Anschluß an Frankreich, sondern vielleicht für einen neutralen Pufferstaat nach dem Muster der Schweiz entscheiden würden. Die Forderung mancher Politiker, wir sollten einem guten Einvernehmen mit Frankreich zuliebe die französische Vergewaltigung Elsaß-Lothringens ruhig hinnehmen, ist umsomehr zurückzuweisen, als die französischen Bestrebungen zur Annexion des Saarbezirks und zur Losreißung des linksrheinischen Gebietes von Deutschland ein freundschaftliches Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich auf absehbare Zeit vollständig ausschließen, die Anerkennung der französischen Herrschaft über Elsaß-Lothringen also vollkommen nutzlos wäre.

In dem Friedensvertrage ist bekanntlich in Oberschlesien, Masuren und Schleswig eine Volksabstimmung vorgesehen. Diese wird in Nordschleswig mit Sicherheit, in den übrigen Bezirken möglicherweise zu weiteren Gebietsverlusten führen. Da die Vorschriften über diese Abstimmung aber so einseitig zu Ungunsten der Deutschen gefaßt sind, daß von einer freien, unbeeinflussten Äußerung des Volkswillens nicht gesprochen werden kann, so ist es selbstverständlich, daß Deutschland das Ergebnis dieser Abstimmung, soweit es ungünstig für uns ausfallen sollte, als endgültig nicht anerkennen kann. Dasselbe gilt für das Saargebiet, daß erst fünfzehn Jahre französischer Gewaltpolitik über sich ergehen lassen soll, bevor die Abstimmung stattfindet.

Wenn der Außenminister davon spricht, daß wir die Revision des Friedensvertrages erstreben würden, so denkt er dabei wohl in erster Linie an die territorialen Bestimmungen, wenn er sie auch nicht ausdrücklich erwähnt. Dagegen gibt er erfreulicherweise seiner Hoffnung auf einen Zusammenschluß mit Deutsch-

Osterreich unzweideutig Ausdruck. Wie weit unsere gegenwärtige Regierung fähig sein wird, gegenüber dem Widerstande der Entente, welche eine Wiederherstellung der österreich-ungarischen Monarchie unter slawischer Vorherrschaft als Glied der deutschfeindlichen Koalition erstrebt, den Anschluß Deutsch-Osterreichs durchzusetzen, erscheint allerdings um so zweifelhafter, als das zurzeit einflussreichste Regierungsmitglied, wie sich aus sehr kühlen Äußerungen über die Anschlußfrage entnehmen läßt, dem Plan einer monarchistischen Reaktion in Osterreich-Ungarn anscheinend nicht unfreundlich gegenübersteht, offenbar im Interesse der Kurie, deren treueste Stütze die Habsburger waren.

Eine wichtige Aufgabe der deutschen Außenpolitik erblickt Müller mit Recht in der Schaffung eines zuverlässigen Schutzes der deutschen Minderheiten. Doch darf dieser Schutz nicht auf die an Polen fallenden Landesteile beschränkt werden, sondern muß auch für Memel, die der Tschecho-Slowakei zugeteilten Gebiete, Schleswig, Eupen, Malmedy und Elsaß-Lothringen erstrebt werden.

Der Außenminister bezeichnet es ferner zutreffend als höchste Ungerechtigkeit, daß dem deutschen Volke die Möglichkeit kolonialer Betätigung vollständig geraubt worden ist. Das scheint darauf hinzudeuten, daß die Regierung für die Wiedererlangung eines deutschen Kolonialreiches eintritt. Das ist zu billigen, soweit dadurch nicht die Erreichung der übrigen Ziele der deutschen Politik gefährdet wird. Deutschlands Politik muß in Zukunft in erster Linie Kontinentalpolitik sein, die Übersee- und Kolonialpolitik muß dahinter zurücktreten. Man könnte sich auch fragen, ob Deutschland nicht dafür eintreten sollte, daß alle tropischen Gebiete, die sich nicht selbst regieren können, der Verwaltung des Völkerbundes unterstellt, also internationalisiert werden; doch würde sich Deutschland dadurch die erbitterte Feindschaft der großen Kolonialmächte England und Frankreich zuziehen.

Eine Revision des Friedensvertrages muß aber nicht bloß hinsichtlich der territorialen Regelungen erfolgen, sondern auch hinsichtlich der Bestimmungen, welche die Souveränität Deutschlands einschränken. Hier ist außer an die Vorschriften über die Internationalisierung der deutschen Ströme usw., vor allem an die Deutschland aufgenötigte ganz einseitige Abrüstung zu denken. Auch Müller wünscht eine allgemeine Abrüstung. Daß eine solche in gewissem Umfange eintreten wird, ist wahrscheinlich. Daß sie aber so weit gehen wird, daß die gleichmäßige Behandlung Deutschlands und seiner Nachbarn, die wir fordern müssen, wiederhergestellt wird, können nur ganz weltfremde Träumer erhoffen. Oder kann jemand im Ernste annehmen, Frankreich werde jemals darin einwilligen, daß es seine Grenzfestungen schleift, seine Garnisonen aus Elsaß-Lothringen zurückzieht, die allgemeine Wehrpflicht abschafft, die Organisation seines Heeres, seine Erzeugung an Kriegsmaterial usw. sich bis in alle Einzelheiten genau vorschreiben läßt, wie Deutschland dies durch den Friedensvertrag aufgenötigt worden ist? Gewiß, auch Frankreich wird abrüsten, aber nur so weit, daß es immer noch die unbedingte militärische Überlegenheit über Deutschland behält. Unentwegte Pazifisten werden vielleicht sagen, das sei unbedenklich; denn Deutschland werde durch den Völkerbund gegen französische Übergriffe geschützt. Da aber der Haß, welcher die führende Macht des Völkerbundes, England, gegen Deutschland beseelt, nur langsam schwinden dürfte und Frankreich mit England nach wie vor eng verbündet ist, so steht diese Hoffnung auf schwachen Füßen, abgesehen davon, daß es mit der Ehre eines großen Volkes unvereinbar ist, wenn es seine Unabhängigkeit aus eigener Kraft nicht verteidigen kann. Aus diesen Gründen müssen wir die Befreiung von den uns auferlegten Fesseln fordern. Müllers Äußerungen, daß wir allen militaristischen Gedankengängen endgültig entsagen müßten, lassen leider nicht erhoffen, daß unsere heutige Regierung diese Schlußfolgerung ziehen wird, sie erwecken vielmehr die Sorge, daß Versuche, nach dem wahrscheinlichen Scheitern der von uns erstrebten völligen Abrüstung aller Staaten das Gleichgewicht durch eine militärische Stärkung Deutschlands wiederherzustellen, auf sozialdemokratischen Widerstand stoßen werden. Die Sozialdemokratie würde sich dadurch aber den

Vorwurf zuziehen, daß sie für Aufrechterhaltung einer internationalen Rechtsordnung eintritt, welche das eigene Volk als minderen Rechtes behandelt. Müllers Ausführungen zeigen, daß er ganz und gar in dem Vorurteil befangen ist, der preußische Militarismus habe den Krieg verschuldet. In Wirklichkeit liegen die Dinge gerade umgekehrt, nämlich so, daß die unerschütterliche Friedensliebe Kaiser Wilhelms des Zweiten an unserer Niederlage schuld ist. Wäre Deutschland kriegslüftern gewesen, so hätte es im Jahre 1905, als Rußland durch die japanische Niederlage und die Revolution geschwächt und Frankreich nicht bereit war, zu den Waffen gegriffen. Daß der preußische Militarismus für England nur ein Vorwand war, beweist doch die von Müller selbst angeführte Tatsache, daß England sowohl im siebenjährigen Kriege wie in den napoleonischen Kriegen auf Preußens Seite gestanden hat. Und wie erklärt sich die Tatsache, daß England uns noch um 1900 herum ein Bündnis angeboten hat? Ist der preußische Militarismus etwa erst ein Erzeugnis der letzten vierzehn Jahre vor dem Kriege? Sätten wir um die Jahrhundertwende das englische Bündnisangebot angenommen, so würden heute die Engländer unseren Militarismus ebenso preisen, wie sie ihn nun, da wir nein gesagt haben, verdammen. Gewiß hat der Unteroffizierston, der Mangel an Völkerpsychologie in unseren Beziehungen zu fremden Nationen manches Unheil angerichtet, die Ursache des Krieges ist aber der preußische Militarismus sicher nicht gewesen.

Ein weiteres Ziel der deutschen Politik muß Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund und die Umwandlung der Wilsonschen Schöpfung in einen wahren Völkerbund sein. Die Tatsache, daß die in Versailles beschlossene Organisation nur ein Instrument der angelsächsischen Mächte zur Beherrschung der Welt, eine Aktiengesellschaft der Sieger im Weltkriege zur Ausbeutung der Besiegten darstellt, darf uns nicht dazu verleiten, den Gedanken des Völkerbundes an sich abzulehnen. Denn dieser Gedanke hat etwas Berechtigtes. Wir können uns damit um so mehr befreunden, als ein deutscher Philosoph, der zugleich ein glühender Patriot war, Fichte, in seinen „Grundlagen des Naturrechts“ bereits vor einhundertzwanzig Jahren den Gedanken des „Völkerbundes“ — er gebraucht ausdrücklich diesen Namen — eingehend erörtert hat. (Vgl. Rühlmann, der Völkerbundgedanke, Materialiensammlung, zusammengestellt im Auftrage des Vereins Auslandskunde, Berlin 1919, S. 10/11.) Die Bedenken, die vom nationalen Standpunkte aus gegen den Völkerbund geäußert werden, sind einem wahren Völkerbunde gegenüber nicht berechtigt. Es ist richtig, daß der Reichtum unserer modernen Kultur im Vergleiche mit der antiken aus dem Nebeneinander zahlreicher Nationalitäten quillt, von denen jede einzelne eine eigenartige Ausprägung des menschlichen Geistes darstellt, und daß der Untergang der nationalen Individualitäten in dem öden Einerlei des „Weltbürgertums“ eine entsetzliche Verarmung des menschlichen Lebens bedeuten würde. Aber der wahre Völkerbund hat die Anerkennung des Rechtes eines jeden Volkes auf nationales Eigenleben zur Voraussetzung. Er unterscheidet sich dadurch vom Wilsonschen Völkerbunde, der auf einem Frieden aufgebaut ist, welcher dem deutschen Volke das Selbstbestimmungsrecht abspriicht, acht bis neun Millionen Deutsche in Europa der Fremdherrschaft unterwirft, die Einigung Deutschlands durch Anschluß Deutsch-Osterreichs an das Reich gewaltjam verhindert und das deutsche Volk als Paria behandelt.

Das schwierigste Problem des Völkerbundes besteht in der Frage, wie verhindert werden kann, daß der Völkerbund, indem er den zu einem bestimmten Zeitpunkt bestehenden Status quo verewigt, ein Hindernis der Entwicklung wird. Die Besitzverteilung, die der Friede geschaffen hat, ist höchst ungerecht. Aber auch die gerechteste Besitzverteilung kann im Laufe der Zeit ungerecht werden, da es aufsteigende Völker gibt, die Raum zur Ausdehnung brauchen, und absterbende, die ihren Besitz nicht voll ausnützen können. Hier muß durch Schaffung eines Rechtes zur Einwanderung und Siedlung auf fremdem Territorium, Schutz der nationalen Minderheiten, das Recht von Provinzen eines Staates, sich durch Volksabstimmung von der Gesamtheit loszulösen und anderen Staaten anzu-

schließen, u. a. m. die Möglichkeit zu territorialen Verschiebungen, zur Ausbreitung wachsender Völker ohne Krieg geschaffen werden. In einer demnächst erscheinenden Schrift von Dr. Karl von Mangoldt werden diese Fragen voraussichtlich eingehend erörtert werden.

Der Wilsonsche Völkerbund genügt all diesen Anforderungen in keiner Weise; seine Verfassung bedarf einer gründlichen Umgestaltung. Die Vorzugsstellung, welche die fünf alliierten und assoziierten Hauptmächte (England, Amerika, Frankreich, Italien und Japan) sich selbst gegeben haben, muß aufhören. Der Völkerbund muß, wie Müller mit Recht sagt, aus einem Bund der Kabinette ein Bund der Völker selbst werden, d. h. die Parlamente der Mitgliedsstaaten müssen auf die Geschäftsführung Einfluß erhalten. Dazu müssen die oben geforderten Bestimmungen über Einwanderungs- und Siedlungsrecht treten. Freilich werden all diese Reformen nur gegen den heftigsten Widerstand Englands und Frankreichs durchgesetzt werden können, und es fragt sich, ob es für Deutschland ratsam ist, sich von neuem den Haß der Engländer zuzuziehen. Dagegen würde Deutschland bei einem Kampfe für die genannten Ziele wohl die Sympathien der kleineren Staaten auf seiner Seite haben, wobei es allerdings zweifelhaft ist, wie weit diese Staaten wagen dürften, durch allzu lebhaftes Betonung dieser Sympathien die Feindschaft des allmächtigen England auf ihr Haupt zu laden. Gegen das Einwanderungsrecht würden die Vereinigten Staaten wegen der Japaner und Chinesen lebhaftes Bedenken haben.

Aber auch die vortrefflichste Verfassung schafft noch keinen wahren Völkerbund, wenn die Politik der führenden Mächte nicht von Völkerbundgeist erfüllt ist. Davon ist gegenwärtig noch keine Spur zu merken. Die fünf alliierten und assoziierten Hauptmächte, welche den Völkerbund beherrschen, denken gar nicht daran, dem deutschen Volke sein Recht werden zu lassen; ihre Politik wird bestimmt durch den Geist des Wortes von Clemenceau, daß es zwanzig Millionen Deutsche zuviel in der Welt gäbe, und des Berichtes von Barthou, welcher behauptet, daß Deutschland nicht in seine Bestandteile zerlegt worden sei. Hier muß erst eine vollständige Sinnesänderung eintreten. Die Mitarbeit an der Schaffung des Völkerbundes ist eine der wichtigsten Aufgaben des deutschen Volkes in der Zukunft; diese Mitarbeit braucht zu nationaler Politik nicht in Widerspruch zu stehen. Das deutsche Interesse an der Revision des Versailler Friedens ist gleichzeitig Menschheitsinteresse; denn auf Lüge und Gewalt kann ein wahrer Völkerbund nicht erbaut werden.

Als letzte Aufgabe der künftigen deutschen Außenpolitik ist die planmäßige Leitung der deutschen Auswanderung zu nennen. Wir müssen den Strom unserer Auswanderer dorthin zu lenken suchen, wo unsere Volksgenossen sich ihre Sprache und ihre nationale Eigenart bewahren und ihrem alten Heimatlande wirtschaftlich und politisch von Nutzen sein können.

So leicht es ist, unserer künftigen Außenpolitik die Ziele zu setzen, so schwierig ist es, den Weg zu weisen, der zu diesen Zielen hinführt. Die Deutschland zu Gebote stehenden Mittel sind nur gering. In den nächsten Jahrzehnten werden wir fast ausschließlich darauf angewiesen sein, mit geistigen Waffen zu kämpfen. Der Deutschland aufgenötigte Gewaltfriede ist ein Beispiel krasser Geheimdiplomatie. Er ist von den leitenden Staatsmännern der uns feindlichen Mächte ohne Befragung der Völker zustande gebracht worden; hat doch sogar Wilson durch ein Schreiben an den amerikanischen Senat, wenn auch vergeblich, das Bekanntwerden des Friedensvertrages in den Vereinigten Staaten zu verhindern versucht. Es wird Aufgabe der deutschen Regierung sein, in gemeinschaftlicher Arbeit mit privaten Organisationen dort, wo Aussicht auf Erfolg vorhanden ist, also insbesondere in den Vereinigten Staaten, die Öffentlichkeit über das schwere, dem deutschen Volke angetane Unrecht aufzuklären. Dort, wo wichtige materielle Interessen, wie z. B. in Frankreich, der Verbreitung der Wahrheit entgegenstehen, wird allerdings von vornherein mit einem Versagen der geistigen Waffen zu rechnen sein. Eine große Illusion ist es, wenn Müller glaubt, daß die Demo-

fratrisierung unserer politischen Institutionen allein ausreichen werde, uns die Sympathien des Auslandes wiederzugewinnen, und daß die Demokratisierung des Auslandes dieses ohne weiteres deutschfreundlicher stimmen werde. Wären die innerpolitischen Zustände eines Landes von so großem Einflusse auf seine auswärtigen Beziehungen, dann hätte der russische Zarismus niemals der Bundesgenosse Englands und Frankreichs werden können, und dann hätte die Hoffnung, Deutschland werde nach Beseitigung der Monarchie erträgliche Friedensbedingungen erhalten, nicht so elend Schiffbruch gelitten. Und Lloyd Georges Beispiel beweist, wie gut sich politischer Radikalismus und Imperialismus in einer Person vertragen.

Von manchen Seiten ist darauf hingewiesen worden, Deutschland sei berufen, als Vorkämpfer des Sozialismus in der Welt aufzutreten. Die Anträge, die Graf Brockdorff in Versailles zur Ausgestaltung der Sozialgesetzgebung gestellt hat, waren zweifellos darauf berechnet, uns die Sympathien der Arbeiterklassen des Auslandes zu gewinnen. Andererseits hat Bernstorff davor gewarnt, den Sozialismus als Exportware zu benutzen, da dieser in den Vereinigten Staaten sehr unbeliebt sei und wir uns dadurch die Wiederausöhnung mit Amerika unmöglich machen würden. Immerhin kann, vorsichtig angewandt, dieses Kampfmittel nicht schaden. Eine bolschewistische Propaganda im Auslande dagegen ist unbedingt zu verwerfen; sie würde die Welt aufs neue gegen Deutschland zusammenschmieden. Für die von der unabhängigen Sozialdemokratie erhoffte Weltrevolution fehlen alle Voraussetzungen. Zwar werden innere Schwierigkeiten durch Streiks infolge der hohen Kriegslasten und der gesteigerten Begehrlichkeit der Arbeiter auch für die Sieger des Weltkrieges nicht ausbleiben; aber zu einem gewaltsamen Umsturz wird es schwerlich kommen.

Wirtschaftliche Waffen stehen dem durch den Krieg des größtenteils seines Nationalvermögens und wichtiger Rohstoffgebiete beraubten Deutschland nur in bescheidenem Maße zur Verfügung. Ganz fehlen uns gegenwärtig die militärischen Machtmittel. Es wird jetzt auch in Deutschland bisweilen von einem Revanchekriege gesprochen. Dagegen glaubten Bauer und Müller das schwerste Geschütz auffahren zu müssen. Gewiß kann es nichts Törichtereres geben als gegenwärtig, wo Deutschland dem Feinde auf Gnade und Ungnade ausgeliefert ist, mit dem Säbel rasseln zu wollen. Aber die Behauptung, daß jeder Krieg, auch wenn er zur Befreiung eines Volkes von der Fremdherrschaft geführt wird, verwerflich sei, ist entschieden zurückzuweisen. Eine solche Behauptung muß wunder nehmen im Munde von Anhängern einer Partei, die doch sonst die Gewalt in der Politik nicht für unerlaubt hält, wie ihr Eintreten für das Recht zur Revolution beweist. Übrigens sind Marx und Engels keineswegs unbedingte Pazifisten gewesen. Unsere neuen Machthaber möchten sich gern als Erben der deutschen Klassiker, Schillers und Goethes, betrachten wissen. Dann sollten sie aber auch nicht vergessen, daß Schiller vom Menschen sagt: „Zum letzten Mittel, wenn kein anderes mehr verfangen will, ist ihm das Schwert gegeben!“ Und Schiller war doch kein Kriegsgewinnler!

Ebenso entschieden wie gegen den Gedanken eines Revanchekrieges hat sich Müller gegen jede Art von Bündnispolitik ausgesprochen. Er hat aber nicht verschweigen können, daß unsere Feinde, Amerika, England, Frankreich und Belgien, dem Völkerbunde zum Trotz bereits wieder ein Sonderbündnis gegen Deutschland abgeschlossen haben. Gewiß wäre es besser, wenn alle Sonderbündnisse aufhören würden. Aber daß dies geschieht, steht nicht in unserer Macht. Wer die Bündnispolitik unserer Gegner mit der Erklärung bekämpft, daß Sonderbündnisse mit dem Geiste des Völkerbundes unvereinbar seien, handelt wie jemand, der einen Verbrecher, der ihn mit geladenem Revolver überfällt, durch Zitate aus der Bergpredigt abwehren will; er wird zwar sein Leben dabei einbüßen, aber das Verbrechen wird dadurch nicht ausgerottet werden. Gegen Waffen kann man eben nur mit Waffen und gegen Bündnisse nur mit Bündnissen ankämpfen. Von ähnlicher Weltfremdheit zeugen die Äußerungen Müllers über Geheimdiplomatie.

Müllers Äußerungen klingen so, als wenn Deutschland nur zu sagen brauchte: es gibt keinen Militarismus, keine Sonderbündnisse, keine Geheimdiplomatie mehr, und alle diese Erscheinungen wären verschwunden! In Wirklichkeit werden sich die Sieger des Weltkrieges durch Deutschlands Erklärungen nicht im geringsten abhalten lassen, mit den bewährten alten Mitteln weiter zu arbeiten. Wenn Deutschland seinerseits endgültig auf diese Mittel verzichtet, setzt es sich von vornherein in Nachteil, ohne an den politischen Methoden der Welt irgend etwas zu ändern.

Wenn Müller die Bündnispolitik für unser Unglück verantwortlich macht, so liegt hier die Sache ebenso wie beim Militarismus gerade umgekehrt; gerade die Tatsache, daß wir aus Furcht vor kriegerischen Verwicklungen die Bündnisangebote Englands um 1900 abgelehnt haben, hat zum Anschluß Englands an Frankreich und Rußland und zur Entstehung der Riesenkoalition geführt, der wir erlegen sind. Zudem die Sozialdemokratie jede Bündnispolitik verwirft, setzt sie also die falschen Methoden der auswärtigen Politik, die zu unserem Zusammenbruch geführt haben, in verstärktem Maße fort; das Ergebnis muß natürlich noch unheilvoller sein.

Während die Müllerschen Bedenken gegen eine deutsche Bündnispolitik rein doktrinären Gedankengängen entsprungen sind, wird aus realpolitischen Erwägungen heraus der Einwand vorgebracht, Deutschland sei nicht bündnisfähig, weil nur der Mächtige Bundesgenossen finde. Das ist richtig, aber es darf nicht übersehen werden, daß Deutschland doch immerhin eine latente Macht darstellt, und daß auch einmal wieder eine Umwälzung der politischen Weltverhältnisse eintreten kann, wodurch diese Macht auch wieder potentiell wird.

Auch wenn durch den Völkerbund Kriege künftig vollständig ausgeschlossen werden sollten, würde es doch immer noch Bündnisse geben. In dem großen Weltparlament des Völkerbundes wird es vermuthlich nicht anders zugehen als in den Parlamenten der einzelnen Staaten. Ebenso wie dort die verschiedenen Parteien Vereinbarungen miteinander schließen, in denen sich Partei A verpflichtet, für bestimmte Forderungen der Partei B zu stimmen, wenn Partei B ihrerseits für bestimmte Forderungen von Partei A eintritt, ebenso wird es auch im Völkerbunde sein.

Wie wird sich nun vermutlich Deutschlands Verhältnis zu den anderen Staaten gestalten? An eine Ausöhnung mit Frankreich ist in absehbarer Zeit nicht zu denken, da Frankreich seine Politik, das linke Rheinufer von Deutschland loszureißen, Polen auf Deutschlands Kosten zu stärken und den Zusammenschluß mit Deutsch-Osterreich zu hintertreiben, vorläufig nicht aufgeben wird. Der natürliche Verbündete der Franzosen sind die Polen. Wenn auch der Versuch, sich im Interesse unserer Landsleute, die unter polnische Herrschaft kommen, mit dem neuen polnischen Staate zu verständigen, durchaus zu billigen ist, so spricht die Wahrscheinlichkeit dafür, daß ein Gegenfaz fortbestehen wird. Auch die Tschechen haben enge Beziehungen zu Paris, doch weisen sie wirtschaftliche Gründe auf einen Ausgleich mit Deutschland hin. Ob dieser, der an sich sehr wünschenswert ist, zustande kommt, hängt in erster Linie davon ab, ob die Tschechen so besonnen sein werden, den Deutsch-Böhmen das Recht auf Pflege ihrer nationalen Eigenart im Rahmen des tschecho-slowakischen Staates zuzugestehen. Die Verständigung mit den Tschechen würde sehr eine etwaige Annäherung an Rußland erleichtern, die aber voraussetzt, daß sich in Rußland erst wieder ein gefestigtes Staatswesen bildet. An den Sturz der bolschewistischen Regierung ist vorläufig, wie es scheint, nicht zu denken, da die Bauern, denen die Bolschewisten die Aneignung des Landes der Großgrundbesitzer gestattet haben, kein Interesse an der Änderung der Regierungsform haben, und Koltshak keine Fortschritte macht. Eine Verständigung mit Lenin würde voraussetzen, daß dieser auf bolschewistische Propaganda in Deutschland verzichtet, und zwar nicht bloß auf dem Papier, sondern aufrichtig; ob das aber geschehen würde, ist zweifelhaft. Ein weiteres Hindernis für eine deutsch-russische Annäherung dürfte darin zu erblicken sein,

daß Rußland in Zukunft finanziell wahrscheinlich ganz von Amerika abhängig sein wird und diese finanzielle Abhängigkeit vielleicht auch eine politische zur Folge haben wird. Sollte die Ukraine als selbständiger Staat neben Groß-Rußland bestehen bleiben, was zweifelhaft ist, so würde sie mit Deutschland durch den gemeinsamen Gegensatz gegen Polen verbunden werden. Außer einer Annäherung an Rußland käme vielleicht eine solche an die Vereinigten Staaten in Frage. Ohne Hilfe amerikanischen Kapitals wird die Wiederaufrichtung des deutschen Wirtschaftslebens kaum möglich sein. Je stärker dieses Kapital an der deutschen Industrie beteiligt ist, umso mehr wächst auch das Interesse Amerikas, daß Deutschland nicht vollständig zugrunde gerichtet wird, um so eher wird es geneigt sein, unseren Einwendungen gegen den Friedensvertrag Behör zu schenken. Ungünstiger als bei Amerika liegen die Aussichten auf eine Wiederausöhnung bei England. Bisher war es Grundsatz der englischen Politik, gegen die den englischen Interessen jeweils gefährlichste Macht des europäischen Kontinents die anderen Mächte auszuspielen. Eine europäische Macht, die England gefährlich werden könnte, gibt es aber augenblicklich überhaupt nicht. Der gefährlichste Nebenbuhler in der Vergangenheit, Rußland, ist durch das deutsche Schwert zerschlagen worden. Hier zeigt sich die enorme Torheit der deutschen Politik, welche nicht verstanden hat, von dem russisch-englischen Interessengegenlatz Nutzen zu ziehen, sondern, indem sie beide Mächte von sich stieß, erreichte, daß sich beide zusammenschlossen und gemeinsam über uns herfielen. Von Frankreich hat England kaum etwas zu befürchten, daher hat es auch kein besonderes Interesse, uns gegenüber den Franzosen zu unterstützen. Mit einem Zerfall des englisch-amerikanisch-französischen Bündnisses dürfen wir, wie Bernstorff mit Recht ausführt, vorläufig nicht rechnen. Doch kann immerhin einmal eine Änderung der Weltlage eintreten, die Amerika oder England eine Verständigung mit Deutschland erwünscht erscheinen läßt. Manche setzen Hoffnungen auf einen amerikanisch-japanischen Konflikt. Doch ist nicht anzunehmen, daß Japan sich ohne einen Rückhalt an Rußland auf einen Kampf mit Amerika einlassen wird. Am günstigsten liegen die Aussichten für eine Ausöhnung bei Italien. Italien wünscht aus Furcht vor einer Wiederherstellung des Habsburgerreiches den Anschluß Deutsch-Osterreichs an Deutschland. Die Ausöhnung würde sehr erleichtert werden, wenn Italien sich entschließen könnte, gegen das Zugeständnis der militärischen Neutralisierung Tirols auf Deutsch-Südtirol zu verzichten. Jedenfalls beansprucht die Entwicklung des Gegensatzes zwischen Italien und den Südslawen die gespannteste Aufmerksamkeit der deutschen Politik. Im Falle einer Annäherung an Rußland darf natürlich nicht das Verhältnis zu den Südslawen eine neue Reibungsfläche zwischen Deutschland und Rußland schaffen. Eine gewisse Erschwerung der deutschen Politik bietet die offenkundige Absicht der Entente, sämtliche Nachbarn des Deutschen Reiches durch Zuweisung deutschen Gebietes an der Aufrechterhaltung des ungerechten Friedens zu interessieren und so zu einer Gemeinschaft gegen Deutschland zusammenzuschmieden. Doch wird eine kluge und zielbewußte Politik dieses Hindernis überwinden können.

Eine erfolgreiche Außenpolitik hat aber eine Geschlossenheit des deutschen Volkes in nationalen Fragen zur unbedingten Voraussetzung. Die schlimme deutsche Gewohnheit, parteipolitische Gesichtspunkte über die nationalen zu stellen, muß aufhören; ferner müssen wir uns, wenn unsere Politik natürlich auch auf die Menschheitsbedürfnisse Rücksicht nehmen muß, sorgfältig hüten, internationalen Träumen nachzujagen. Solche Träume haben in den letzten zwei Jahren bei uns Schaden genug angerichtet. In der Hoffnung auf eine Weltrevolution hat die unabhängige Sozialdemokratie unser Heer zerschlagen; sie hat damit unser Vaterland wehrlos einem erbarmungslosen Feinde ausgeliefert; die Hoffnung auf die Weltrevolution aber hat sich als völlig eitel erwiesen. Die Folgen dieser selbstmörderischen Politik wird die Arbeiterklasse in Form von Arbeitslosigkeit, hohen Steuern usw. am eigenen Leibe schmerzlich genug zu spüren bekommen. Vielleicht aber erzeugt gerade die Not, der wir entgegengehen, die nationale Geschlossen-

heit, die uns bisher gefehlt hat, vielleicht erweisen sich Clémenceau und Lloyd George mit ihren Plänen zur Vernichtung Deutschlands als ein Teil der Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft. Daß es auch in der Sozialdemokratie an Männern mit warmer Vaterlandsliebe nicht fehlt, zeigen die wahrhaft herzerquickenden Ausführungen, die Winnig neulich in der „Glocke“ gemacht hat. Schmiedet uns die Not zu einem einzig Volk von Brüdern zusammen, dann wird Deutschland auch wieder bessere Tage sehen. Der Leitstern unseres Handelns aber sei das Schillerwort:

„Wir wollen trauen auf den höchsten Gott und uns nicht fürchten vor der Macht der Menschen.“



Siedlungsmöglichkeiten im westlichen Orient

Don C. Franz=Crentler



Wenn man unter „westlichem Orient“ die Länder der ehemaligen Türkei auf asiatischem Boden (Anatolien, Armenien und Syrien), sowie Persien und Arabien versteht, so ist ein Gebiet ins Auge zu fassen, das etwa 20 Breitengrade einschließt und der ungefähren Entfernung vom Nordkap bis Neapel entspricht. Diese Ausdehnung bedingt eine große Verschiedenheit hinsichtlich der dazu gehörigen Landesteile. Zusammenhängende Hochebenen mit schneeigen Gebirgsketten von teilweise alpinem Charakter — 3000 Meter und höher — stehen glutdurchwellten Sand- und Gesteinswüsten gegenüber. Eintöniges Flachland wechselt mit tief zerklüfteten Schluchten ab, fruchtbare Küstenstriche und wasserreiche Flußniederungen verlieren sich in heißen, fahlen Steppen.

Zur Verschiedenheit der Bodenform und der beträchtlichen Spannung der geographischen Breite tritt als weiterer Grund zu den scharfen Gegensätzen im Landschaftsbilde das Klima hinzu, bald Ursache, bald Wirkung darstellend. Die kurze Regenzeit ist nicht imstande, den Wasserbedarf des Bodens während der langen Dürperiode zu decken. Infolge der hohen Durchschnittstemperatur geht die Verdunstung und Austrocknung des Bodens außerordentlich rasch vor sich. In zahlreichen Gegenden wird sie noch beschleunigt durch eine die Erdoberfläche bildende Kalkschicht. An Stellen, wo diese fehlt, ist dann eine gedrängte Wasseransammlung die Folge, woraus sich der oft überraschende Wechsel von ausgedorrten, unwirtlichen Landstrichen mit plötzlich auftauchenden üppigen Paradiesen erklärt. In der orientalischen Landwirtschaft spielt darum seit altersher die künstliche Verieselung eine große Rolle, welche zwar die Abhängigkeit von der Temperatur nicht aufhebt, aber eine solche von den Niederschlägen wesentlich einschränkt. Dem mit modernem maschinellen Rüstzeug und gediegener Fachkunde ausgestatteten deutschen Kulturtechniker und Landwirt bietet sich hier ein reiches Feld, an der Vervollkommnung der dort angewandten — mehr oder minder primitiven — Methode mitzuarbeiten.

Ein ungeheures Gebiet noch unermesslicher Möglichkeiten liegt zwischen Europa und den Ländern des Indischen Ozeans. In ihnen liegen Landstriche, in denen schon heute ohne sonderliche Mühehaltung Korn und Obst, Baumwolle, Tabak, Opium und Indigo gedeiht. Mit Hilfe sachgerechter, künstlicher Bewässerung durch Schaffung von Bahnlinien und Binnenschiffahrtswegen, durch Gewährleistung von Sicherheit gegen Räuber und ungetreue Beamte, und vor allem durch neuzeitliche Arbeits- und Bewirtschaftungsmethoden läßt sich die anbaufähige Fläche auf den zehnfachen Ertrag einstellen.